

[27.10.2010]

Christlich-Soziale erneuern Kritik an Rahmenplänen - Paasch: »Man muss Inhaltskontexte festlegen« - Eigenverantwortung der Schulen stärken

CSP glaubt nicht an schulische Planwirtschaft

Von Boris Cremer

Das DG-Parlament hat am Montagabend einem Dekret zugestimmt, das u.a. Rahmenpläne für Französisch als Unterrichtssprache und Deutsch als erste Fremdsprache einführt. Bei dieser Gelegenheit erneuerte die CSP, die das Dekret ablehnte, ihre Kritik am Prinzip der Rahmenpläne, wodurch Schulen und Lehrer eingeengt würden.



Die CSP (Gabriele Thiemann-Heinen, Anne Marenne-Loiseau und Patrick Meyer, v.l.) lehnt die Rahmenpläne für das Unterrichtswesen ab. Was zähle, seien nicht Lehrinhalte, sondern Kompetenzziele. Foto: Helmut Thönnissen

 Größeres Bild

Verbindliche Inhaltskontexte seien mit einer »teilweisen Entmündigung des Lehrpersonals gleichzusetzen«, kritisierte die CSP-Parlamentarierin Gabriele Thiemann-Heinen. Bereits im Juni dieses Jahres, bei der Debatte über das Sammeldekret für das Unterrichtswesen, hatte sich ihre Fraktionskollegin Patricia Creutz daran gestört, dass »Lehrinhalte auf Gedeih und Verderb vermittelt werden müssen«. Mit Rahmenplänen, von denen am Montagabend im Gemeinschaftsparlament zwei weitere - für Deutsch (1. Fremdsprache) und Französisch (Unterrichtssprache) in der Primarschule - gutgeheißen wurden, habe die CSP ein Problem, das auch »philosophischer Natur« sei, erklärte Thiemann-Heinen. »Wir glauben nicht an Planwirtschaft, sondern an den vernunftbegabten Menschen und Lehrer, dessen Arbeit nicht von staatlicher Seite bis ins kleinste Detail vorbereitet und vorgegeben werden sollte.« Was zähle, seien nicht die Lehrinhalte, sondern die Kompetenzziele, so die CSP-Rednerin.

Mehrheitsvertreter waren anderer Meinung: »Der Begriff Rahmenpläne ist vielen Lehrbeauftragten nicht geheuer gewesen«, erinnerte sich SP-Parlamentarierin Nadine Rotheudt. »Mittlerweile sieht man jedoch in der schulischen Praxis, dass solche Rahmenpläne die verschiedenen Zyklen der Primarschulbildung strukturieren - ähnlich einem roten Faden.«

Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) sagte in Richtung CSP: »Wir befinden uns nicht in der Planwirtschaft, sondern sind bemüht, die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken.« Aber verbindliche Inhaltskontexte seien nötig, »denn ohne Inhalte kann man keine Kompetenzen vermitteln«, so Paasch. »Wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Schüler im Laufe ihrer Schullaufbahn mit den wesentlichen Inhaltskontexten zumindest ein einziges Mal beschäftigt haben. Wir können nicht zulassen, dass jemand in seiner Schulkarriere nicht ein einziges Mal etwas

über das Mittelalter gehört hat. Das droht aber, wenn wir dem Vorschlag der CSP folgen«, kritisierte Paasch.

Ein kohärenter Unterricht sei nur dann möglich, wenn der Lehrer in der dritten Stufe wisse, womit sich sein Kollege in der zweiten Stufe beschäftigt hat. Der Minister verwies darauf, dass die Rahmenpläne von international anerkannten Experten ausgearbeitet und von renommierten Einrichtungen wie dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin (positiv) begutachtet worden seien. Paasch forderte die CSP einmal mehr auf, ihre Blockadehaltung in puncto Rahmenpläne aufzugeben - vergebens.

Sein Parteikollege Alfons Velz (ProDG) beschrieb die Rahmenpläne als Teil des viel zitierten bildungspolitischen Gesamtkonzepts, zu dem ein weiteres am Montagabend diskutiertes Element gehöre: das Schulprojekt. Gemeint ist ein Leitbild, das sich jede DG-Schule geben soll und das die Eltern bei der Einschreibung ihrer Kinder zur Unterschrift vorgelegt bekommen.

»Wir können nicht zulassen, dass jemand in seiner Schulkarriere nicht ein einziges Mal etwas über das Mittelalter gehört hat. Das droht aber, wenn wir dem Vorschlag der CSP folgen.«

Oliver Paasch (ProDG),

Unterrichtsminister

Das Schulprojekt werde, glaubt Karl-Heinz Braun (Ecolo), die Schulautonomie stärken. Das Konzeptpapier umfasst neben einem Überblick über den aktuellen Entwicklungsstand der Schule gewisse Regeln, die für die Schulgemeinschaft gelten, einen pädagogischen Leitfaden, die Pläne zur Weiterentwicklung der Schule sowie das schulinterne Curriculum. So wird das Schulprojekt zu einer Art schuleigenem Fahrplan, der bei der so genannten externen Evaluation der Schule in seiner Umsetzung überprüft wird. Bei der Ausarbeitung von Schulprojekten, was laut Paasch basisdemokratisch vonstatten gehen soll, stehen Schulentwicklungsberater der Autonomen Hochschule den Schulen unterstützend zur Seite.